

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Stephan Protschka, Uwe Witt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/2730 –

Für eine Angleichung der Renten von Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass Spätaussiedler, Aussiedler und Vertriebene im Rentensystem gegenüber einheimischen Deutschen nicht gleichgestellt seien. Die bestehenden Regelungen im Fremdrentengesetz würden sie strukturell gegenüber anderen Deutschen benachteiligen.

B. Lösung

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die institutionelle Diskriminierung von Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern im Fremdrentengesetz beendet werde. Hierzu zähle die Anrechenbarkeit von Beitragszeiten ohne festgelegtes Mindestalter, die Abschaffung des Abschlages auf den Jahresarbeitsverdienst, die Abschaffung des Abschlages auf die erworbenen Entgeltpunkte sowie die Abschaffung der Höchstgrenze für anrechenbare Zeiten von 25 beziehungsweise 40 Entgeltpunkten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/2730 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Matthias W. Birkwald
Stellvertretender Vorsitzender

Max Straubinger
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Max Straubinger

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/2730** ist in der 39. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Juni 2018 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss und den Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Fraktion der AfD seien Spätaussiedler, Aussiedler und sogar Vertriebene im deutschen Rentensystem den einheimischen Deutschen nicht gleichgestellt. Spätaussiedler würden zudem gegenüber früher eingereisten Aussiedlern noch weitergehend benachteiligt. Ursache für diese strukturelle Ungleichbehandlung und institutionelle Diskriminierung seien Regelungen im Fremdrentengesetz. So sehe dieses etwa eine Absenkung der im Ausland erworbenen Entgeltpunkte in Höhe von 40 Prozent vor. Zudem werde auch die nachgewiesene Durchschnittsarbeitszeit um 0,5 „vervielfältigt“. Darüber hinaus sei die Anrechnung von Beitragszeiten erst ab dem 17. Lebensjahr möglich, obwohl viele Betroffene bereits seit ihrem 14. Lebensjahr gearbeitet hätten. Für nach dem 6. Mai 1996 zugezogenen Spätaussiedler bestehe zudem eine Höchstgrenze von 25 Entgeltpunkten. Die genannten und weiteren Regelungen hätten insgesamt zu einer deutlichen Verschlechterung des Rentenniveaus der Betroffenen geführt. Unter Berücksichtigung aller rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte sei daher eine Angleichung der Renten für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler dringend geboten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Beratung des Antrags auf Drucksache 19/2730 in seiner 150. Sitzung am 23. Juni 2021 vertagt.

Der **Haushaltsausschuss** und der **Finanzausschuss** haben den Antrag auf Drucksache 19/2730 in ihren Sitzungen am 23. Juni 2021 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/2730 in seiner 134. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Max Straubinger
Berichterstatter

